

Treffen der Freunde Sudans

Erklärung der Partner für nachhaltigen Frieden im Sudan

Riad

12. August 2020

Wir, die Gruppe der Freunde des Sudan, bekräftigen unsere volle politische Unterstützung für den von der Zivilbevölkerung geführten Übergangsprozess im Sudan und unterstützen ihre Bemühungen, um den Wunsch des sudanesischen Volkes zu erfüllen, in einem demokratischen, integrativen und prosperierenden Land voller Wohlstand und Frieden zu leben.

Wir bekräftigen auch unsere Unterstützung für die Übergangsregierung unter der Leitung von Abdullah Hamdok, um die vollständige Umsetzung der Bestimmungen der politischen Erklärung und der am 17. August 2019 unterzeichneten Verfassungscharta sicherzustellen, die dazu beitragen werden, den Weg für nachhaltigen Frieden, Entwicklung und Wohlstand im Sudan und demokratische Transformation durch freie Wahlen zu ebnet.

Wir bekräftigen auch, dass ein umfassender und nachhaltiger Frieden im Sudan entscheidend für den Erfolg der Übergangszeit und die Wiederherstellung von Sicherheit, Stabilität und Wohlstand ist. Wir loben den Willen und die Bemühungen der Übergangsregierung zur Erreichung dieses Friedens, was sich in ihrem Engagement zeigt, uneingeschränkte humanitäre Hilfe über Grenzen hinweg in alle vom Konflikt betroffenen Gebiete zu ermöglichen.

Wir loben ebenfalls die Führung von Premierminister Abdullah Hamdok dafür, dass sie trotz der enormen und unerwarteten Herausforderungen, die sich aus der Coronavirus-Pandemie ergeben, weiterhin einen umfassenden und integrativen Frieden priorisiert.

Wir bekräftigen erneut, dass die Friedensverhandlungen ein umfassender Prozess unter der Verantwortung und Führung des Sudan sein müssen, der zu einem nachhaltigen Friedensabkommen führt und darauf abzielt, die Grundursachen des Konflikts im Sudan anzugehen und seine Souveränität, Unabhängigkeit, territoriale Integrität und nationale Einheit zu stärken.

Wir loben die konstruktive Rolle der Regierung des Südsudan bei den Vermittlungsbemühungen in den Juba-Friedensgesprächen und nehmen mit Anerkennung die wichtige Unterstützung zur Kenntnis, die unter anderem von der Afrikanischen Union, der IGAD, den Vereinten Nationen und internationalen Partnern geleistet wurde.

Wir bedanken uns für die wertvolle Teilnahme der Führer der sudanesischen Revolutionsfront, der sudanesischen Befreiungsbewegung "Minni Minawi" und des Vermittlungsteams aus dem Südsudan am Treffen der "Freunde des Sudan" in Riad.

Wir begrüßen auch die Fortschritte bei den Friedensgesprächen für Darfur, Südkordofan, den Blauen Nil, sowie für die östlichen, zentralen und nördlichen Gebiete des Sudan und fordern den raschen Abschluss eines Friedensabkommens.

Wir äußern unsere Besorgnis darüber, dass einige Parteien außerhalb des Friedensprozesses bleiben, und fordern alle Konfliktparteien auf, sich an den Friedensverhandlungen zu beteiligen, da es keine militärischen Lösungen für die internen sudanesischen Konflikte gibt. Wir fordern die an den Juba-Friedensgesprächen teilnehmenden Parteien außerdem auf, in gutem Glauben über diese historischen Friedensgespräche zu verhandeln und keine Forderungen zu stellen, die für den Friedensprozess kontraproduktiv sein könnten.

Wir bekräftigen, dass jede Behinderung des Friedensprozesses das Leiden der Sudanesen verlängern wird, und wir betonen auch, dass es Konsequenzen für all diejenigen geben wird, die den Friedensprozess, die Prozesse zur Umsetzung der Verfassungscharta und die am 17. August 2019 unterzeichnete politische Erklärung behindern.

Wir äußern auch unsere Besorgnis über den Ausbruch gesellschaftlicher und Stammeskonflikte in Darfur, Südkordofan und im Ostsudan, die zum Leid der Bevölkerung beitragen. Wir fordern die Übergangsregierung außerdem nachdrücklich auf, alle erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung und zur Gewährleistung der erforderlichen Sicherheit für den gesamten Sudan zu ergreifen.

Wir betonen die Bedeutung der tatsächlichen Beteiligung von Frauen und Jugendlichen am Friedensprozess und an der Übergangsregierung.

Wir fordern die Parteien in den Friedensverhandlungen nachdrücklich auf, sich der wirtschaftlichen Herausforderungen und der sich verschärfenden globalen Finanzkrise aufgrund der Corona-Pandemie im Sudan bewusst zu sein und den Verhandlungsanforderungen im Friedensprozess Vorrang einzuräumen, damit sie das Bewusstsein der sudanesischen Bevölkerung für solche Herausforderungen und ihre Verpflichtung zur Zusammenarbeit widerspiegeln, um für alle Parteien akzeptable Lösungen zu finden.

Zusammenfassend betonen wir, dass ein nachhaltiger Frieden die fortgesetzte Unterstützung der Partner der Übergangsregierung und die wirksame Umsetzung der Wirtschaftsreformen rechtzeitig erfordert, wie dies mit dem IWF-Programm vereinbart wurde.